

**1015 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII. GP**

---

# Bericht

## des Ausschusses für Arbeit und Soziales

**über den Antrag 606/A(E) der Abgeordneten Mag. Herbert Haupt, Mag. Walter Tancsits, Kolleginnen und Kollegen betreffend Vorlage des ersten österreichischen Männerberichts, im Sinne des Gender Mainstreamings, an den Nationalrat**

Die Abgeordneten Mag. Herbert Haupt, Mag. Walter Tancsits, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 11. Mai 2005 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Österreich hat sich auf europäischer Ebene politisch und rechtlich zum Gender Mainstreaming, das heißt der Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Interessen und Problemlagen von Frauen und Männern in allen Politikbereichen verpflichtet. Zu den politischen Initiativen der österreichischen Bundesregierung in dieser Legislaturperiode gehört unter anderem die verstärkte Einbeziehung von Männern bzw. Vätern in die Familien- und Geschlechterpolitik. Die Förderung des besseren gegenseitigen Verständnisses von Frauen und Männern für ihre jeweiligen geschlechtsspezifischen Bedürfnisse ist ein Gebot der Stunde. Letztlich erweitert das verstärkte Engagement von Männern bei der Familienarbeit und Kindererziehung auch die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen.“

Die Auseinandersetzung mit buben- und burschenspezifischen Bedürfnissen verhilft zu einer partnerschaftlichen Zukunft und Familienfähigkeit von Jungen. In diesem Sinn muss es Aufgabe sein, diese Thematik verstärkt in die politische Arbeit einfließen zu lassen. Daher sollen die Schwerpunkte eines österreichischen Männerberichts auf die Situation der Buben und Männer sowie der Väter in Österreich gelegt werden.

Die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist ein langfristiger Prozess, um eine moderne ganzheitliche Geschlechterpolitik in allen gesellschaftlichen Bereichen dauerhaft zu verankern. Es gilt, die Unterschiede bzw. die unterschiedlichen Bedürfnisse der Geschlechter als Bereicherung und Aufgabe der Geschlechterpolitik mit dem Ziel eines besseren gegenseitigen Verständnisses füreinander zu sehen.

Im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz wurde im März 2001 die männerpolitische Grundsatzabteilung gegründet, die durch die Beauftragung und Veröffentlichung mehrerer männerspezifischer Studien sowie durch die Veranstaltung der 1. Europäischen Väterkonferenz im Herbst 2004 hervorgetreten ist.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 23. Juni 2005 in Verhandlung genommen. Berichterstatter im Ausschuss war der Abgeordnete Mag. Herbert **Haupt**. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Gabriele **Heinisch-Hosek**, Karl **Öllinger**, Ridi **Steibl**, Dr. Werner **Fasslabend**, Mag. Herbert **Haupt**, Theresia **Haidlmayr**, Mag. Christine **Lapp**, Christine **Marek** sowie die Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Ursula **Haubner** und die Ausschussofffrau Abgeordnete Heidrun **Silhavy**.

Von der Abgeordneten Heidrun **Silhavy** wurde folgender Abänderungsantrag betreffend eine abgeänderte Version des Entschließungsantrages vorgeschlagen:

„Die Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz wird ersucht, dem Nationalrat analog der Vorlage des zehnjährigen Frauenberichtes durch die Bundesministerin für Ge-

sundheit und Frauen einen zehnjährigen Männerbericht vorzulegen, der unter vergleichbaren Kriterien erstellt wird und somit beide Berichte als Grundlage für Vergleiche in den Entwicklungen der Geschlechter dienen können.

Der erste Bericht soll bereits im Herbst 2005 vorgelegt werden, da zu diesem Zeitpunkt auch der nächste Frauenbericht dem Nationalrat übermittelt werden sollte.“

Bei der Abstimmung wurde der Antrag 606/A(E) mit Stimmenmehrheit angenommen. Der obenwähnte Abänderungsantrag der Abgeordneten Heidrun **Silhavy** fand keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2005 06 23

**Mag. Herbert Haupt**

Berichterstatter

**Heidrun Silhavy**

Obfrau